

## Regelmäßige Information der NRW-Landesgruppe im Bundestag 01/2009

**Hüseyin Aydin, Obmann in Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:****Eine Frage von Leben und Tod****Die Wirtschaftskrise wird die Entwicklungsländer um Jahre zurückwerfen, wenn jetzt nicht rasch gehandelt wird**

Die Experten, die im Februar in einer Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit Stellungnahmen nahmen, waren sich einig: Das Beben an den Finanzmärkten der Industriestaaten wird auch auf die soziale und wirtschaftliche Situation in Entwicklungsländern entscheidende Auswirkungen haben. Hunger, zunehmende Armut und eine Vertiefung der sozialen Gräben könnten die Folgen sein, wenn jetzt nicht konsequent gegengesteuert wird.



Verelendung sowie die neokolonialen Landnahmen bergen einen sozialen Sprengstoff, der das Entstehen bzw. die Ausbreitung von bereits existierenden gewalttätigen Konflikten befördern wird. Im nigerianischen Nigerdelta, in der DR Kongo, dem Sudan, Somalia, Tschad oder der Zentralafrikanischen Republik könnten bewaffnete Gruppen Zulauf erhalten, wenn das zivile Leben keine Perspektive auf eine einigermaßen gesicherte Existenz bietet. Verteilungskämpfe zwischen den Eliten sind ebenso wahrscheinlich wie Aufstände gegen diejenigen, die trotz der Krise im Überfluss leben und einen Großteil ihres Geldes über Offshore-Zentren in die Industrieländer transferieren.

**Globales Investitionsprogramm ist nötig!**

Es muss also schnell gehandelt werden. Notwendig ist ein global angelegtes Investitionsprogramm für die Staaten, in denen der wirtschaftliche Abschwung eine Frage von Leben und Tod ist. Bei dessen Koordinierung muss den ärmsten Staaten ein Entscheidungsrecht eingeräumt werden, das sie heute in Organisationen wie dem IWF oder der Weltbank nicht haben. Die Auflage von Kreditfonds für kleine und mittelständische Unternehmer in Entwicklungsländern kann erst der Anfang einer internationalen Ausweitung der Entwicklungszusammenarbeit sein. Das Geld muss dem Gesundheits- und Bildungssektor, der Unterstützung der Kleinbäuerinnen und -bauern, der Bekämpfung des Hungers und der Verbesserung der Infrastruktur zugute kommen.

Pessimistische Schätzungen besagen, dass das Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern 2009 nur noch 2,7 Prozent betragen könnte. Afrikanischen Ländern droht sogar eine Stagnation. Ein Prozentpunkt weniger Wachstum - so kalkulierte die Weltbank - bedeutet 20 Millionen mehr Menschen, die in absoluter Armut leben müssen. Auch die Rücküberweisungen der Arbeitsmigrantinnen aus den Industrie- und Ölförderländern gehen zurück. Das trifft gerade die ärmsten Familien. Schon jetzt ist deren Ernährungssituation alarmierend: Ende 2008 erreichte die Zahl derjenigen, die sich nicht ausreichend ernähren können, mit fast einer Milliarde einen neuen Höchststand.

**Hunger und Armut - Sozialer Sprengstoff**

An dieser Entwicklung hat auch die Spekulation auf Nahrungsmittel ihren Anteil. Momentan suchen finanzstarke Investoren aus arabischen, asiatischen und europäischen Staaten nach neuen Anlagezielen: In vielen afrikanischen Ländern werden von ihnen große Flächen an Ackerland aufgekauft oder langfristig gepachtet, die der Produktion von Biokraftstoffen oder Nahrungsmitteln für den Export dienen sollen. Das untergräbt die Schaffung der Ernährungssouveränität in Afrika, die die Voraussetzung für eine sozial ausgewogene Entwicklung wäre. Zunehmender Hunger und Armut, soziale

Darüber hinaus braucht es Maßnahmen zur Regulierung des Finanzmarktes. Die Schließung der Offshore-Zentren und Steueroasen könnte den jährlichen Abfluss von 500 bis 800 Milliarden US-Dollar aus den Entwicklungsländern eindämmen. Die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln gehört verboten, Investmentbanken und spekulative Fonds müssen streng überwacht werden. Der Handel mit Derivaten - Verträgen, die den Kauf oder Verkauf zu einem fixen Preis vereinbaren - sollte nur dann erlaubt werden, wenn diese auf ihre entwicklungspolitische Wirkung hin überprüft und als unbedenklich eingestuft wurden. Die Freiheit der Märkte muss sich endlich dem Ziel der sozialen Sicherheit für alle unterordnen.

**EDITORIAL**

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie ist allgegenwärtig - die Krise. Täglich berichten die Medien neue Horrorszenerarien von Insolvenzen, Massenentlassungen und Milliardenpaketen für die Banken. Über Nacht sind die bürgerlichen Parteien zu großen Verstaatlichern worden - aber auch die Konjunkturprogramme sind vor allem Klientelpolitik für Besserverdienende, Hartz IV EmpfängerInnen gehen leer aus.

Im Schatten der Krise treffen sich Anfang April die CheffInnen der NATO-Mitgliedstaaten, um in Kehl und Strasbourg weiter an ihrer aggressiven militärischen Strategie zu feilen, die zukünftige gemeinsame Kriege um Rohstoffe und Energieressourcen vorantreibt. Das alles freilich vor allem auf Kosten der Entwicklungsländer, die schon durch die Krise vermutlich um Jahre zurückgeworfen werden.

Viel Input für DIE LINKE, die auf allen Ebenen gegen „Krise und Krieg“ mobilisiert.

Deshalb steht diese Ausgabe des Newsletters ganz unter dem Motto: „Wir zahlen nicht für Eure Krise - und nicht für Euren Krieg!“ und berichtet über unsere Bundestagsinitiativen und auch zu unseren Aktivitäten in NRW, die wir zu diesen Themen starten.

Viel Spaß beim Lesen wünscht die NRW-Landesgruppe:  
Hüseyin Aydin, Sevim Dagdelen,  
Inge Höger, Ulla Jelpke, Ulla Lötzer und Paul Schäfer

**Impressum:**

**V.i.S.d.P: Anna Conrads**  
**Regionalbüro West, Kaiserstr.59, Tel: 01577/ 24 76 324,**  
**mail: landesgruppe@dielinke-nrw.de**

## Termine der MdB in NRW

**11.03.** Ulla Lötzer, 19.00 Düren, Komm-Zentrum, August-Klotz-Str. 21. Fraktion vor Ort: Krisen und Kriege, gemeinsam mit Paul Schäfer

**11.03.** Ulla Jelpke führt ein Gespräch mit Leiter der ARGE-Dortmund Dortmund, Hauptbahnhof

**12.03.** Ulla Jelpke: Situation von Frauen mit Migrationshintergrund, Veranstaltung DIE LINKE

**12.03.:** Paul Schööfer: 19 Uhr, Alte Feuerwache, Friedenstr.5-7, 47053 Hochfeld: „Nato auflösen - aber wie?“ Linke Strategien und Forderungen im Umgang mit dem Militärbündnis, Diskussionsveranstaltung mit Haluk Gerger (türkischer Menschenrechtler und Politikwissenschaftler) und Paul Schäfer, MdB (verteidigungspolitischer Sprecher BT-Fraktion DIE LINKE).

**13.03.,** Ulla Lötzer: 19.30 Uhr, Kreisbüro Die LINKE Köln, Metzger Str. 24: „Was tut DIE LINKE im Bundestag zur Wirtschaftskrise?“ „Gesprächsabend mit Neumitgliedern.

**Mitte März:** Bochum  
Ratschlag Automobilindustrie NRW mit GewerkschafterInnen und BR aus der Branche, mit Sevim Dagdelen und Ulla Lötzer „mehr Infos über Wahalkreisbüro Dagdelen

**13.03.** Ulla Lötzer: 17.30 Uhr Köln – Rudolfplatz: „Wir zahlen nicht für eure Krise – Für eine solidarische Gesellschaft“, Mobilisierungskundgebung des Kölner Bündnisses für die Demonstration am 28.3.

**13.03.** Ulla Jelpke: 19 Uhr Coesfeld, Diskussion zum Thema „Was passiert mit geduldeten Ausländern nach dem 31.12.2009?“, Veranstaltung DIE LINKE

**15.03:** Hüseyin Aydin: 15- 18 Uhr: Teilnahme an einer Veranstaltung im Alevitischen Kulturzentrum Ratingen

**20.03.:** Hüseyin Aydin: Rede auf einer Veranstaltung des Kreisverbandes DIE LINKE Paderborn, Thema: „Aktuelle Beschäftigungspolitik und die Lage der Kommunen“, Beginn: 18.00 Uhr

## Sevim Dagdelen, MdB aus Bochum:

# Wie die Krise die MigrantInnen trifft!

## Außerdem: DIE LINKE besucht Opel Bochum

„Arbeitslosenzahl steigt auf über 3,5 Mio.“, „Ford kündigt Kurzarbeit an“, „Opel-Krise: 20 000 Jobs in NRW gefährdet“. Hiobsbotschaften, wohin man guckt. Die Zahl der Menschen, die von den Auswirkungen der Krise betroffen sind, steigt mit jedem Tag. Hunderttausende haben ihren Job verloren, im Februar stieg die Zahl der zur Kurzarbeit angemeldeten auf knapp 700.000.

Es ist klar, dass in der Krise zuerst prekär Beschäftigte im Niedriglohnsektor sowie Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter entlassen werden.

Aufgrund ihrer sozialen Situation sind Menschen mit Migrationshintergrund am stärksten von den Folgen der Krise betroffen. Aufgrund der fehlenden oder niedrigeren beruflichen Qualifikationen sind sie im Niedriglohnsektor, in ungesicherten Arbeitsverhältnissen und in der Leiharbeit stärker vertreten. Laut der jüngsten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft brechen Kinder aus Migrantenfamilien mehr als doppelt so häufig die Schule ab. Außerdem absolvieren sie deutlich seltener eine Ausbildung oder ein Studium. Auch die Arbeitslosenquote ist bei ihnen mit 16,9 Prozent doppelt so hoch wie bei Deutschen (8,5 %). Die ohnehin überdurchschnittlich hohen Arbeitslosen- und Armutsquoten bei ihnen werden weiter steigen.

In dem Superwahljahr 2009 ist die Gefahr besonders groß, dass Menschen mit ausländischen Wurzeln für rassistische Wahlkampfparolen instrumentalisiert werden. Dass Losungen wie „Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche“ nicht auf Plakaten von rassistischen Parteien verbreitet werden, sondern in leicht umgewandelter Form sich im Wahlkampfmaterial von etablierten Parteien wieder finden, kennen wir aus der Vergangenheit. Erinnert sei an den Wahlkampf von Ministerpräsident Rüttgers, als er „Kinder statt Inder“ gefordert hat.

Darauf müssen wir uns vorbereiten und unser Augenmerk richten. Nur so werden wir imstande sein, die Betroffenen der Krise für den Kampf gegen ihre Auswirkungen zu gewinnen. Wir sagen: Wir zahlen nicht für eure Krise. Denn diejenigen, die man zu Sündenböcken zu machen versucht, gehören zu uns.



Wenn wir einen Schutzschirm nicht für Banken und Spekulanten, sondern für die Menschen fordern, meinen wir Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.  
\*von *Sevim Dagdelen*

### Schnelle Hilfe für Opel-Standorte

Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag, Oskar Lafontaine und dem NRW Landessprecher Wolfgang Zimmermann, hat die Bochumer Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen am 03.März das Bochumer Opel-Werk besucht. Die Delegation hatte die Betriebsratssitzung besucht, um sich ein Bild über die Stimmung bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu machen. Lafontaine fordert eine schnelle Entscheidung über die Opel-Hilfen.

„Eine zügige Entscheidung über die Opel-Hilfen muss her. Jeder Tag, der verloren geht, bedroht die Beschäftigten ein Stück mehr.“ Lafontaine forderte eine Belegschaftsbeteiligung für alle vier Opel-Werke in Deutschland.



Rainer Eienenkel, Sevim Dagdelen und Oskar Lafontaine bei Opel

„Eine Lösung für Opel muss auf jeden Fall die Beibehaltung aller europäischen Produktionsstandorte beinhalten“, so MdB Sevim Dagdelen. „Immerhin geht es allein hier in Bochum um 6.000 Arbeitsplätze – und da sind die Beschäftigten bei den Zulieferern nicht mit eingerechnet. Die Bundes- und Landesregierung dürfen nicht versagen wie im Fall Nokia vor einem Jahr.“

LINKE-Landessprecher Wolfgang Zimmermann erklärte: „Die LINKE in NRW sichert ihre uneingeschränkte Solidarität im Kampf der Kolleginnen und Kollegen von Opel zu. Wir werden alle Aktionen der Belegschaft auch in Zukunft mit ganzer Kraft unterstützen.“

## Gemeinsam gegen die NATO-Kriegspolitik.“

„Unter der Überschrift „Nein zum Krieg – nein zur NATO“ ruft ein breites internationales Bündnis zu Protesten gegen den 60. Geburtstag der NATO auf. Auch die Fraktion und Partei DIE LINKE unterstützen diese Proteste und beteiligen sich an deren Vorbereitung. Die immer aggressivere Militärpolitik der NATO ist ein massives Hindernis für den Frieden in der Welt.

Die Fraktion DIE LINKE wendet sich gleichermaßen gegen die offensiven Strategien wie gegen die konkrete militärische Praxis der NATO-Staaten.



Besonders gefährlich ist aus unserer Sicht, die Aushöhlung des Völkerrechts, die Destabilisierung in Europa durch die NATO Osterweiterung und das Raketenprogramm, die neue Hochrüstung der NATO-Armeen und der Krieg in Afghanistan. Zu all diesen Punkten haben wir parlamentarische Initiativen lanciert, doch mit klaren und sichtbaren Antikriegsprotesten in der Bevölkerung sind die Chancen, unsere Friedenspolitik umzusetzen deutlich besser.

Alles spricht dafür, dass die Proteste ein voller Erfolg werden. Als ich am 14./15. Februar an der vorbereitenden Aktionskonferenz in Straßburg teilnahm, habe ich begeistert festgestellt, dass statt der erwarteten 150 Aktivisten insgesamt etwa 4000 Menschen aus 18 Ländern mit großer Entschlossenheit und Optimismus die Vorbereitung der weiteren Aktionen in Angriff nahmen.

### Die Protestaktionen

Konkret geplant, ist ein „Dorf des Widerstandes“, als ein Camp im Süden Straßburgs vom 1. bis zum 5. April. Die Linksjugend SOLID und der Studentenverband SDS werden darin ein eigenes „Barrio“, eine Art Zeltstadtteil, gestalten. Die Fraktion wird eine internationale

besetzte Expertenanhörung zur NATO-Politik durchführen; sie wird in Karlsruhe stattfinden. Wir erwarten TeilnehmerInnen aus den USA und ganz Europa, wie Tariq Ali, Frida Berigan und Jean Ziegler. Karlsruhe liegt für die Menschen aus Deutschland auf der Anreisroute nach Straßburg und wir hoffen, dass wir mit unserer Anhörung einen gelungenen inhaltlichen Auftakt zu den Protesten gestalten können. Am nächsten Tag startet der Gegengipfel in Straßburg. Am Morgen des 3. Aprils werden, wie in Heiligendamm, friedliche Aktionen des zivilen Ungehorsams, besonders Blockaden versuchen, die Gipfelchoreographie zu stören. Der Höhepunkt der Proteste wird in eine internationale Großdemonstration in Straßburg am Samstag, den 4. April bilden. Ein Block von DIE LINKE und ein Jugendblock sind geplant. Was allerdings genau in Straßburg geschehen wird, das ist noch unklar.

### Rote Zone Straßburg und Kehl

Das Demonstrationsbündnis kämpft um eine Demonstrationroute, nahe an oder in der Innenstadt Straßburgs. Doch die Innenstadt ist, genauso wie der größte Teil Baden-Badens und Teile Kehls aus vorgeblichen Sicherheitsgründen zur Roten Zone erklärt worden. Die Demonstration wird in jedem Fall stattfinden, doch die Frage an welchem Ort, dieses demokratische Recht ausgeübt werden kann, ist auch ein Indiz für den Stellenwert von Demokratie und Bürgerrechten im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses.

Drei große Plenarveranstaltungen des Gegengipfels bilden am Sonntag, den 5. April, den Abschluss der Proteste – mit einer Podiumsveranstaltung zur friedenspolitischen Zusammenarbeit von Parteien und Bewegungen sein, zu der auch Oskar Lafontaine eingeladen wurde.



In Straßburg werden wir mehr sein! Foto: flickr.com, cc-Lizenz, 4RB

Bitte macht Werbung für die Proteste, verbreitet den Aufruf und fährt, z.B. mit der Friedenslok, nach Straßburg! Gemeinsam können wir zeigen, wie stark unser Wunsch nach einer friedlichen Zukunft und einer Welt ohne NATO ist!

**20.03.-22.03.:** Grußwort Inge Höger: Tagung Bund für Soziale Verteidigung „Gewaltfrei unter Besatzung. Wie arbeiten gewaltfreie Gruppen in Irak, Afghanistan, Palästina?“ Ort: Fachwerk, Schwarzer Weg 8, Minden.

**20.03** 12:00 bis Samstag, 21.23, 16.00, Berlin, Deutscher Bundestag: Ulla Lötzer bei der Internationalen Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE und der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Linke Auswege aus der Krise – ökonomische und soziale Perspektiven, u.a mit Susan George und Walden Bello

**20.03**, 18:00 - 20.03.2010, 21:00, Krefeld, DIDF, 19 - 22.00 Uhr, „Was will DIE LINKE? Weg mit Hartz IV? - „Hartz IV light“? Diskussionsveranstaltung mit Sevim Dagdelen, Peter Grottian, Martin Bersing, Ralf Köpke u.a. zu Mindestsicherung

**22.03.**, 11 - 14.00 Uhr, WK Büro Bochum, MdB Sevim Dagdelen lädt ein zur Sonntagsmatinee: „Kein Frieden mit der NATO - 60 Jahre NATO sind zu viel!“ mit Monika Knoche, MdB, Edith Fröse und Felix Ökentorp

**27-29.03.** alle NRW MdB sind auf dem Landesparteitag der LINKEN und der VertreterInnenversammlung

**01.-04.04.:** NRW-MdB sind auf den Anti-NATO-Protesten in Kehl und Straßburg

**25.04.** Ulla Jelpke: ab 11:00 Uhr, Münster, Anti-Atom-Demo, Hindenburgplatz

**25.04.** Ulla Jelpke: 19:00 Uhr; Bielefeld, Diskussionsveranstaltung des Rosa-Luxemburg-Clubs u. der Roten Hilfe e.V. zum BKA-Gesetz

**28.04.**, 14 - 18.00, Köln: Regionale Betriebsrätekonferenz, Technologiepark Müngersdorf, Eupener Str., u.a. mit Ulla Lötzer

**01.05.** MdB nehmen an Maikundgebungen teil, mehr Informationen in den jeweiligen Wahlkreisbüros

**18.05** 16-20 Uhr Inge Höger: Veranstaltung des Beirats für Behindertenfragen Bielefeld „Gesundheitspolitik gegen Menschen mit Behinderungen – eine kritische Bestandsaufnahme“ Ratssaal Bielefeld, Niederwall 23.

## LINKS ZU REDEN, INITIATIVEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

### Hüseyin Aydin:

Zum Stand der Millenium-Entwicklungsziele: Audiodatei: Die Halbzeitbilanz ist ernüchternd. Weitaus größere Anstrengungen wären erforderlich, um Hunger, Krankheit und schlechte Bildung in Entwicklungsländern wirksam zu bekämpfen. .  
<http://www.hueseyin-aydin.de/article/578.hueseyin-aydin-zu.html>

Aus Hüseyins Arbeitsbereich: Neue Publikation: Afrika und DIE LINKE vom 23.01.2009 Entwicklungspolitische Perspektiven europäisch-deutscher Afrikapolitik der Fraktion DIE LINKE  
<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7716923487.pdf>

### Sevim Dagdelen:

Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente!“ Sevim Dagdelen auf der 28. antifaschistischen NRW-Landeskonferenz am 07.02.09 in Wuppertal.  
[http://www.sevimdagdelen.de/de/article/934.keine\\_nazis\\_und\\_andere\\_rassisten\\_in\\_die\\_parlamente.html](http://www.sevimdagdelen.de/de/article/934.keine_nazis_und_andere_rassisten_in_die_parlamente.html)

Integrationsstudie: Analyse ohne Handeln bringt uns der Lösung keinen Schritt näher  
Plenarrede Sevim Dagdelen am 29.01.2009 im Deutschen Bundestag. [http://www.sevimdagdelen.de/de/article/855.analyse\\_ohne\\_handeln\\_bringt\\_uns\\_der\\_loesung\\_keinen\\_schritt\\_naehere.html](http://www.sevimdagdelen.de/de/article/855.analyse_ohne_handeln_bringt_uns_der_loesung_keinen_schritt_naehere.html)

### Inge Hoeger:

Pressemitteilung: Bundesregierung verhilft Rüstungskonzern DIEHL zu Geschäften mit Streumunition. <http://inge-hoeger.de/frieden/0081frieden.html>

Bericht: Die Situation von Frauenhäusern beschäftigte dieser Tage in einer öffentlichen Anhörung den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Im Frauenhaus Herford hat sich MdB Inge Höger von der Fraktion DIE LINKE über die Situation vor Ort informiert. <http://inge-hoeger.de/frauen/frauen0000.html>

## Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE-

# Make Nato History!

## Massiver Bundeswehr- und Polizeieinsatz erwartet

Die Bundeswehr hockt schon in den Startlöchern: Die ersten „Amtshilfeersuchen“ ans Militär im Vorfeld des Nato-Gipfels sind gestellt. Das hat mir das Verteidigungsministerium Ende Januar auf eine Schriftliche Frage bestätigt.

Das baden-württembergische Innenministerium fordert Unterstützung „bei der Gewährleistung der Sicherheit im Luftraum“ an. Wie in Heiligendamm wird man also wieder mit Tornados der Luftwaffe rechnen müssen, die über die Köpfe der Demonstrierenden hinwegdonnern.

Die Bundeswehr soll außerdem wieder zum Personentransport eingespannt werden, damit die Angehörigen der NATO-Delegationen sowie Journalisten und Polizisten rasch vorankommen. Mögliche Blockaden sollen durch „temporäre Hubschrauberlandeplätze“ und „Bereitstellung von Lufttransportkapazität“ umgangen bzw. überflogen werden.

### Wie in Heiligendamm

Ausdrücklich rechnet die Bundesregierung mit weiteren Unterstützungsanforderungen, sowohl von Bundes- und baden-württembergischen Landesbehörden als auch von der Nato selbst.

„Wie bei vorausgegangenen Großveranstaltungen ist zu erwarten, dass die Bundeswehr um technisch-logistische Unterstützung im Rahmen der Amtshilfe“ gebeten werde, heißt es gewissermaßen resümierend in der Antwort der Regierung. „Wie bei vorausgegangenen Großveranstaltungen“ – wir erinnern uns an die letzte: Den G8-Gipfel in Heiligendamm. Was als harmlose „technisch-logistische Amtshilfe“ angekündigt war, geriet zum



größten Inlandseinsatz der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Ein großräumiges Demonstrationsverbot sorgte dafür, dass Heiligendamm fast zu einer demokratiefreien Zone geworden wäre – wenn sich die Protestierenden ihr Recht nicht genommen hätten. 2350 Soldaten sicherten den Großeinsatz der Polizei logistisch ab, Spürpanzer und Aufklärungsflugzeuge der Bundeswehr unterstützten die Überwachung des Protests.

### Strasbourg - Demokratiefreie Zone?

Beim Nato-Gipfel zeichnet sich nun eine ähnliche Situation ab. Schon ist die Rede von einem pauschalen Demonstrationsverbot in Strasbourg, der Wiedereinführung von Grenzkontrollen, gar von der vollständigen Schließung der Rheinbrücken. Die Behörden auf der deutschen Seite weigern sich bislang, Flächen für die Protestcamps bereitzustellen. Wenn, sollen höchstens 1000 Menschen an den einzelnen Camps teilnehmen können, die Polizei soll jederzeit Zutritt erhalten. Die Stadt Strasbourg hat mittlerweile eine Fläche für ein Protestcamp freigegeben. Zugleich wurden aber weitgehende Auflagen erteilt: die Veranstalter müssen detaillierte Angaben zu Teilnehmerzahlen, der Zahl erwarteter Autos, den Personalien von Ärzten, Sanitätern und Sicherheitspersonal machen. Zudem erwarten die Behörden einen Evakuierungsplan sowie den Abschluss von Versicherungen für das Camp. Die anreisenden Demonstrierenden werden in der regionalen Presse schon durch weg als „gewaltbereite“ und „linksextremistische“ Störer diffamiert. Zwischen 14.000 und 18.000 Polizisten werden erwartet – allein auf der deutschen Seite!



Polizei in Heiligendamm Foto: lampel, CC-Lizenz / Flickr.com

Dem stehen ca. 30.000 erwartete Demonstrantinnen und Demonstranten gegenüber. Daher gibt es keinen Grund, angesichts der drohenden Repressionen den Kopf in den Sand zu stecken. Die Linke ist mit ihrem Protest gegen die Nato völlig im Recht. Wenn die Herrschenden das gleiche Spiel wie in Heiligendamm betreiben wollen, dann heißt das zwar erneuten Verfassungsbruch, aber es kann auch bedeuten: Entschlossene Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich ihr Versammlungsrecht zurückholen! Trotz Polizei, trotz Luftwaffe, trotz Gendarmerie!

# Wir zahlen nicht für Eure Krise – Für eine solidarische Gesellschaft!

Die Weltwirtschaft steht vor einem Abgrund und alles bleibt beim Alten. Neue Regeln kratzen allenfalls an der Oberfläche. Die Verstaatlichung der Bundesregierung ist eine Sozialisierung der Verluste und Privatisierung der Gewinne. Die „Konjunkturprogramme“ sind wenig Konjunkturpolitik, dafür viel Klientelpolitik. Reiche werden entlastet, Hartz IV –Bezieher haben keinen Nutzen. Von gerechterer Umverteilung oder einer Kehrtwende kann keine Rede sein. Im Gegenteil – Angela Merkel empfiehlt das alte deutsche Wirtschaftssystem bereits der ganzen Welt als Modell und unterstützt weiter große Unternehmen in ihrem Kampf um Weltmarktanteile und Finanzinvestoren bei ihrer weltweiten Suche nach Anlagemöglichkeiten.



Vor dem G20 Gipfel am 2. April in London formiert sich jetzt in Europa erstmals breiter Widerstand.

Viele Organisationen rufen für den 28. 3 zu Demonstrationen u.a. in Berlin und Frankfurt auf. Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben wir unter dem Titel: ‚Linke Auswege aus der Krise – ökonomische und soziale Perspektiven‘ am 20. / 21. März eine internationale Konferenz mit der ATTAC-Ehrendirektorin Susan George und Walden Bello, Träger des alternativen Nobelpreises organisiert.

Unsere Sofortmaßnahmen gegen die Wirtschaftskrise sollen ergänzend zum Sofortprogramm zur Regulierung der Finanzmärkte verhindern, dass die Beschäftigten und sozial Benachteiligten die Folgen der Krise zahlen.

Diese sind eingebettet in eine Strategie zur Überwindung des Kapitalismus. Wir brauchen jetzt Druck für die Umverteilung von Vermögen, Arbeit und wirtschaftlicher Macht, weltweit eine demokratische Regulie-

rung der Finanzmärkte und eine solidarische Weltwirtschaftsordnung.

## **Zentrale Forderungen:**

Wesentliche Elemente unserer Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise sind:

1. Ein Konjunkturprogramm mit sozial-ökologischen Zukunftsinvestitionen und einer Stärkung der Einkommen der sozial Benachteiligten. Das sichert 1 Million Arbeitsplätze und ist verbunden mit Umverteilung zu Lasten der Reichen durch eine Millionärssteuer. Die Kommunen sollen gestärkt und entschuldigt werden. Wir treten für ein Programm ein, mit dem Personal für soziale Dienstleistungen im Bereich Bildung und Gesundheit finanziert werden.

2. Staatliche Hilfen für Unternehmen müssen an Auflagen zur Beschäftigungssicherung und Mitbestimmung geknüpft sein. Als Instrument für den industriellen Strukturwandel fordern wir einen Zukunftsfonds für Industrieinnovation. Dieser soll über eine Anleihe und eine Sonderabgabe von Unternehmen finanziert und demokratisch durch zivilgesellschaftliche Organisationen kontrolliert werden. Dieser Fonds könnte dann investieren in neue Verkehrssysteme, eine ökologische Energieversorgung oder die Entwicklung ressourcenschonender Produkte.

3. Erneut macht Thyssen deutlich: Gegenüber Massenentlassungen und dem Siegeszug des shareholder-value Regimes müssen die demokratischen Rechte der Beschäftigten gestärkt werden. Wir wollen die paritätische Mitbestimmung und die Ausweitung der zustimmungspflichtigen Angelegenheiten im Aufsichtsrat bei allen Betrieben ab 500 Beschäftigten, die echte Mitbestimmung bei Interessenausgleich und Beschäftigungssicherung, das der Entlassung von Leiharbeitern nach Ende ihres Auftrages verbieten, und ein Verbot von Massenentlassungen bei Profiten. Die Arbeitszeit muss verkürzt, das politische Streikrecht eingeführt werden.

4. Wir fordern die Vergesellschaftung des gesamten Bankensektors und von Schlüsselindustrien, wie z.B. der Energiekonzerne. Rekommunalisierung statt Privatisierung und eine Demokratisierung des öffentlichen Sektors sollen die öffentlichen Güter sichern.



Hilf! Das Geld brennt! Foto: alles-schlump, cc-Lizen z / Flickr.com

## **Ulla Jelpke:**

Pressemitteilung: Bundeswehr erforscht „Taser“

„Die Bundeswehr lässt hochmoderne Elektroschockwaffen erforschen, so genannte Taser, die weit eher auf polizeiliche als auf militärische Einsatzszenarien hinweisen“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drs. 16/11806). [http://www.ulla-jelpke.de/news\\_detail.php?newsid=1189](http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=1189)

Pressemitteilung: „Amtshilfe“ steigt explosionsartig an  
„Die zunehmende Zahl so genannter Amtshilfeeinsätze der Bundeswehr weist auf eine schleichende Militarisierung hin“, kommentiert Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf zwei Kleine Anfragen (BT-Drs. 16/11592 und 16/11813). Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE hatte sich darin nach der Entwicklung der Einsatzzahlen erkundigt. [http://www.ulla-jelpke.de/news\\_detail.php?newsid=1188](http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=1188)

## **Ulla Lötzer**

Sofortprogramm gegen die Wirtschaftskrise. Position von Ulla Lötzer, Axel Troost und Herbert Schui <http://www.ulla-loetzer.de/>

Für ein Bretton Woods plus. Positionen zum Weltfinanzgipfel <http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1528063347>

## **Paul Schäfer:**

Rede von Paul Schäfer:  
Abrüstung: Mutige Initiative und Konsequenz sind gefragt. Das ist die erste Frage: Wie kann die Aufrüstungsdynamik der letzten zehn, zwölf Jahre umgekehrt und in eine Dynamik der Abrüstung verwandelt werden? [http://www.paulschaefer.info/seite.asp?ID=rede090130\\_abruerstung](http://www.paulschaefer.info/seite.asp?ID=rede090130_abruerstung)

Pressemitteilung: Verwirrspiele um Truppenaufstockung  
„Das Verwirrspiel, das die Bundesregierung um die Aufstockung deutscher Truppen in Afghanistan veranstaltet, ist nicht akzeptabel“, kommentiert Paul Schäfer [http://www.paulschaefer.info/seite.asp?ID=pm090219\\_afghanistan](http://www.paulschaefer.info/seite.asp?ID=pm090219_afghanistan)

**MdB vor Ort -  
die Wahlkreisbüros:**  
Hüseyin Aydin:  
Wahlkreisbüro Duisburg  
Mülheimer Straße 57  
47058 Duisburg  
Tel.: 0203 - 805 56 77  
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Sevim Dagdelen:  
Wahlkreisbüro Bochum  
Alleestr. 36, 44793 Bochum  
Tel.: 0234 - 61 06 58 55  
sevim.dagdelen@wk.bundestag.de  
und Hamm: Oststraße 48  
59065 Hamm  
Telefon: ( 02381) 372-4637  
E-Mail: sevim.dagdelen.wk04@  
wk.bundestag.de

Inge Höger:  
Wahlkreisbüro Herford  
Kirchgasse 2  
32052 Herford  
Tel.: 05221 - 17 490 72  
inge.hoeger@wk.bundestag.de  
und Bielefeld:  
August-Bebel-Strasse 126  
33602 Bielefeld  
Tel.: 0521-5202902  
inge.hoeger@wk2.bundestag.de

Ulla Jelpke:  
Wahlkreisbüro Dortmund  
Münsterstraße 141  
44145 Dortmund  
Tel.: 0231 - 8 60 27 47  
ulla.jelpke@wk.bundestag.de  
und in Münster: Verspoel 7-8  
48143 Münster  
Telefon: 0251 - 4909246  
jelpke.muenster@online.de

Ulla Lötzer:  
Wahlkreisbüro Köln  
Montanusstr. 1  
51065 Köln  
Tel.: 0221 - 608 69 26  
ulla.loetzer@wk.bundestag.de

Paul Schäfer:  
Wahlkreisbüro Aachen:  
Stolberger Straße 34  
52068 Aachen  
Telefon: 0241 - 9905231  
Fax: 0241 - 9905228  
Mobil: 0177 / 4349152  
paul.schaefer@wk.bundestag.de  
und in Bonn:  
Vorgebirgsstr.24  
53111 Bonn  
Telefon: ( 0228) 1846-8904  
Telefax: ( 0228) 1846-8905  
paul.schaefer@wk2.bundestag.de

Landesgruppe NRW: Kaiser-  
str.59, 41135 Dortmund,  
landesgruppe@dielinke-nrw.de  
0231 - 1336140

**Paul Schäfer, verteidigungspolitischer Sprecher**

**Fraktion DIE LINKE:**

## Die NATO:

# 60 Jahre und kein bißchen weise

Große Worte und salbungsvolle Reden sind zu erwarten, wenn am 3. und 4. April die NATO ihren 60. Geburtstag feiert. Man wird Lobendes über die Vergangenheit hören, über Frieden, Sicherheit und Stabilität. Man wird Optimistisches über die Zukunft hören, garniert mit ein paar mahnenden Sätzen zu den anstehenden Herausforderungen. Und es wird demonstrative Einigkeit herrschen, dass die Geschichte der NATO eine Erfolgsgeschichte ist.



### NATO hat friedliches Europa torpediert

Das alles zeugt von einer bemerkenswerten Verkennung der Tatsachen: Mit friedlichen Politikansätzen hatte die NATO Zeit ihres Bestehens nicht viel zu tun, und „Sicherheit“ und „Stabilität“ sind – freundlich gesagt – höchst beschönigende Begriffe für die aggressive Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen, die jahrzehntelang Europa in Schrecken versetzt hat.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Situation sich nicht verbessert. Im Gegenteil: Die geopolitischen Begehrlichkeiten der NATO haben die Chance auf ein vereinigtes und friedliches Europa, die sich in der Charta von Paris abzeichnete, hintertrieben; sie hat sich zum Weltpolizisten umdefiniert, über geltendes Völkerrecht hinweggesetzt und schließlich im strategischen Konzept von 1999 die Durchsetzung eigener Wirtschaftsinteressen zur Frage von Krieg und Frieden erhoben.

### Aufrüstungspolitik der NATO

Die ebenso gewaltsame wie völkerrechtswidrige Herauslösung des Kosovo aus dem jugoslawischen Staatsverbund und der an Militärfixierung und Brutalität gegen die Zivilbevölkerung gescheiterte Afghanistan-Krieg, aber auch der von den meisten NATO-Staaten zumindest stillschweigend unterstützte Überfall der USA auf den Irak sind nur die blutigsten Marken dieses Weges. Zugleich hat die NATO keine Chance ausgelassen, den Ost-West-Konflikt wieder anzuzünden: Unter Einsatz von mehr als zwei Dritteln der weltweiten Rüstungsausgaben hat sie ihre Waffenarsenale in beängsti-

gender Art modernisiert, sie hat mit ihren Erweiterungsrounds eine Einkreisungspolitik gegen Russland betrieben und die so geschürten russischen Sicherheitsbedenken mit den Planungen für einen neuen Raketenabwehrschild massiv verstärkt.

In Kehl und Straßburg soll nun auch über eine neue Strategie geredet werden. Die Zeichen stehen nicht gut:

Von Bundeskanzlerin Merkel, die die Fähigkeiten von NATO und EU weiter verzahnen und so in allerlei zivile Kooperationen eine militärische Komponente hineinbasteln will bis zum neugewählten US-Präsidenten Obama, der auf massive Eskalation in Afghanistan setzt, hört man viele gefährliche Ideen und Rezepte.

Aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und kooperative Sicherheitssysteme zu entwickeln, geht indessen anders. Priorität dabei hat zunächst die Vertrauensbildung. Gerade die NATO hätte hier beträchtliche Möglichkeiten: Seit langem überfällig ist die Abkehr von der Erstschlagsdoktrin und der nuklearen Teilhabe, die beschädigten Abrüstungsverträge müssen wiederbelebt und ausgebaut werden, und die Pläne für den Raketenabwehrschild gehören in den Papierkorb. Eine jährliche Reduzierung der



Protest gegen NATO Sicherheitskonferenz in München. Foto: mdid, cc-Lizenz/ Flickr.com

Rüstungsetats der Mitgliedsstaaten um 5% und der Abzug aus Afghanistan könnten ein neues Denken signalisieren – ein Denken, dass die NATO auch in den anzustrebenden Verhandlungen über eine Neuordnung der gesamteuropäischen Sicherheit, wie sie vom russischen Präsidenten Medwedjew und seinen französischen Kollegen Sarkozy vorgeschlagen wurden, glaubwürdiger macht.

Das wären echte Schritte auf dem Weg zu Frieden, Sicherheit und Stabilität, was bedeutet: Auf dem Weg weg von der NATO, hin zu ihrer Auflösung.